

N i e d e r s c h r i f t der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 04.09.2007

öffentlich

Ort: Fachbereich Schule, Sport und Bäder, Kaulenberg 4,
06108 Halle (Saale), Beratungsraum Nr. 316

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Frau Petra Meißner	SKE
Herr Wolfgang Pannicke	SKE
Herr René Trömel	SKE
Herr Gert Hildebrand	Verw
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Jürgen Zschocke	Verw
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Frau Monika Engelhardt	SKE
Herr Andreas Schachtschneider	SKE

Es fehlten:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	Vertretung: Frau Ute Haupt
Frau Helga Koehn	SKE	
Frau Julia Faltus	SKE	
Frau Katharina Rommel	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.06.2007
4. Vorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten
7. Anregungen
8. Mitteilungen
- 8.1. Verfahren bei der Vergabe von Persönlichkeitsnamen für Schulen in der Stadt Halle (Saale)
- 8.2. Informationen zum Schuljahresbeginn 2007/08
- 8.3. Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Halle u.a. barrierefreie Schulen - Stand, Aussichten
Berichterstattung: Zentrales GebäudeManagement, Behindertenbeauftragter Herr Dr. Fischer (angefragt)
- 8.4. Information zum Gespräch mit Herrn Bauersfeld zu detaillierten Aufschlüsselung von Einzeldaten zum Haushalt

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Bergner eröffnet die Sitzung, begrüßt Mitglieder, Verwaltung und Gäste
Beschlussfähigkeit: gegeben (vgl. Anwesenheit)

Einladung erfolgte ordnungsgemäß

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hildebrand beantragt die Änderung der Reihenfolge im Punkt 8 – Mitteilungen wie folgt:

8.3

8.2

8.1

Neu 8.4 Information zum Gespräch mit Herrn Bauersfeld zu detaillierten
Aufschlüsselung von Einzeldaten zum Haushalt

Beschluss:

Einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.06.2007

Beschluss:

Einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorlagen

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6 Anfragen von Stadträten

Frau Wolff fragt, ob finanzielle Mittel für Container GS Nietleben, die jetzt nicht kommen, für GS Büschdorf eingesetzt werden.

Herr Hildebrand antwortet, dass unabhängig von den Containern die Brandschutzmaßnahmen in Nietleben umzusetzen sind. Finanzielle Restmittel werden für GS Büschdorf bereitgestellt.

Frau Dr. Bergner nimmt auf die Einweisung an weiterführende Schulen Bezug und fragt, ob bei den Losverfahren Fehler unterlaufen sind und warum die Verwaltung nicht in Berufung gegangen ist.

Frau Schwabe möchte ergänzend wissen, wie viel Ablehnungen erfolgten und wie viel Erziehungsberechtigte davon geklagt haben.

Herr Hildebrand antwortet, dass die Auswahlverfahren entsprechend des Erlasses des MK durchgeführt wurden. Zum Erlass hat das Verwaltungsgericht Zweifel an der Machbarkeit. Kann aber nicht als Fehler der Verwaltung gesehen werden, wenn wir danach gehandelt haben.

Auf einen Einspruch zu den einstweiligen Verfügungen wurde verzichtet, da der Fachbereich Recht nach Prüfung der Umstände eingeschätzt hat, dass die Erfolgsaussichten der Stadt sehr gering sind. Um weitere Kosten zu vermeiden wurde auf einen Einspruch verzichtet.

Insgesamt wurden an der IGS an der KGS Hutten und am Giebichenstein-Gymnasium Abzüglich der Nachrücker von den Wartelisten 54 Schüler abgelehnt; von 11 Erziehungsberechtigten liegen Klagen beim Verwaltungsgericht vor.

Neben den durch das Gericht bemängelten fehlenden oder unvollständigen Rechtsgrundlagen spielten die Auffassungen zur Kapazitätsauslastung eine wesentliche Rolle bei der Begründung der einstweiligen Verfügungen.

Frau Dr. Bergner bittet den in diesem Zusammenhang an den Kultusminister verfassten Brief den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis zu geben. => Anlage zum Protokoll

Des weiteren fragt sie nach dem Stand/Problemen bei der Bereitstellung der Ausweichobjekte PPP insbesondere beim Containerstandort

Herr Hildebrand informiert, dass der Unterrichtsbetrieb im Containerstandort insgesamt positiv angelaufen ist. Einschränkungen gibt es im Bereich der Sanitäranlagen. Aus Kostengründen (Wasser-/Abwasseranschlüsse u. a.) wurde kein zusätzlicher Container mit Sanitäranlagen gestellt. Es wird auf die vorhandenen Sanitäranlagen im benachbarten Schulgebäude zurück gegriffen. Anlagen nicht neu aber in benutzbaren Zustand. Kurz vor Schulbeginn erfolgte in diesem Schulgebäude eine Grundreinigung.

Herr Oemisch ergänzt, dass im ehemaligen Schulobjekt Gimritzer Damm aus Kostengründen die seit längerem gesperrten Sanitäranlagen weiter gesperrt und nicht nutzbar sind. Die anderen Sanitäranlagen in diesem Objekt wurden hergerichtet, sind nutzbar und entsprechen hygienischen Anforderungen.

Herr Lange fragt an, wer die Kosten für die Ausweichobjekte trägt?

Herr Hildebrand: Kosten für Ausweichobjekte liegen bei der Stadt; für Containerstandort bei Projektgemeinschaft PPP.

Frau Dr. Bergner fragt nach weiteren Informationen zur Glauchaschule unter Bezug auf Presseveröffentlichungen zur Nachnutzung sowie zum Raumbestand des Müntzer-Gymnasiums i.V.m. der Bildung einer 5. Klasse

Herr Hildebrand: keine weitergehenden Informationen; Gespräche dazu in den nächsten Wochen

Bezüglich des Müntzer-Gymnasiums liegen keine Klagen zum Raumprogramm vor. Bildung 5. Klasse wurde durch LVwA zugestimmt, da Lehrerüberhang vorhanden.

Herr Lange fragt nach Reaktionen der Verwaltung zu den Presseartikeln zu sicheren Schulwegen.

Herr Hildebrand: wird durch FB 40 i.V.m. Tiefbauamt, Polizei und Verkehrswacht begleitet; Diskussionen in den Gremien; Teilweise subjektive Darstellungen und individuelle Wünsche von Eltern;

Frau Stark möchte den Stand der Erarbeitung der Schulbauprioritätenliste wissen.

Herr Hildebrand: Ist überarbeitet und auf der Tagesordnung für nächsten Bildungsausschuss.

Herr Bauersfeld: Durch die Verpachtung Sportplatz Frohe Zukunft an USV kein Sportunterricht für Grundschulen auf dem Platz möglich.

Herr Hildebrand: Falsch! Im Pachtvertrag ist die Nutzung für Sportunterricht der Schulen benannt. Vor den Sommerferien war auf Grund von Instandsetzung der Rasenflächen eine Nutzung nicht möglich. Darüber wurde die Schule aber durch den USV informiert.

Herr Dr. Schmidt sieht durch zu geringe finanzielle Zuweisungen die Existenz der Öko-Schule und des SUZ Franzigmark gefährdet und fragt nach möglichen anderen Strukturen.

Herr Hildebrand: Verwaltung hat zwar Kenntnis, dass die Landesförderung zurück gegangen ist aber kann dazu z. Z. keine Auskunft geben: Recherche => Info in nächste Sitzung BA

Frau Wolff fragt nach der Einbeziehung/Einladung des Stadtschülerrates zum BA

Herr Dr. Marquardt: Einladung erfolgt regelmäßig; kein Kontakt, keine Rückinformationen ggf. sind Mitglieder ausgeschieden; im Nov. 2007 Neuwahlen

zu 7 Anregungen

Information der Verwaltung, dass auf Grund der Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit der BA am 02.10.2007 nicht stattfindet.

Neuer Termin 11.10.2007 als gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss zu den TOP

- Schulbauprioritäten
- Schulentwicklungsplanung
- Haushalt 2008

Ausschusssitzungen in Schulobjekten gewünscht:

Vorschläge: BbS III
 Förerschule Jägerplatz
 Containerschule
 Cantor-Gymnasium

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Verfahren bei der Vergabe von Persönlichkeitsnamen für Schulen in der Stadt Halle (Saale)

Diskussion zum Vorschlag der Verwaltung zum Verfahrensweg

Frau Haupt fragt nach wie die Informationen an die Schulen gelangen sollen.

Herr Fikentscher verweist auf eine viel umfangreichere Namensliste.

Herr Dr. Schmidt sieht als Grundlage einen Stadtratsbeschluss als erforderlich.

Herr Lange bezweifelt Umsetzbarkeit eines solchen Beschlusses.

Frau Dr. Bergner sieht, dass es vorrangig um die Erhaltung von verloren gegangenen Namen (z. B. durch Fusionen) geht und nur Namen die mit Halle in Verbindung stehen. Keine generelle Abschaffung der Ortsbezeichnungen in Namen – ist oft verbunden mit geschichtliche Entstehung u.a. der Randschulen

Herr Bauersfeld und Herr Heinrich sehen keinen direkten Handlungsbedarf da nur noch wenige Schulen einen Namen bekommen müssen.

Frau Schwabe sieht das Erfordernis der Festlegung des Verfahrensweges an erster Stelle, dann erst die Namen.

Herr Hildebrand erklärt, dass die Schulen über einen Rundbrief informiert werden könnten. Als Anlage wären auch Namenslisten an die Schulen möglich. Dem Protokoll werden die vorhandenen Namenslisten beigelegt

zu 8.2 Informationen zum Schuljahresbeginn 2007/08

Herr Hildebrand verweist darauf, dass ein Teil der Informationen bereits als Antwort auf die Anfragen der Ausschussmitglieder ergangen ist.

1. Information zu den Sportschulen

Protokoll des MK von Beratung im Mai liegt jetzt vor (Anlage zum Protokoll)

Danach ist Vertrag weiter bindend.

Leistungssport soll/muss aktiv werden, wenn auf Grund veränderter Bedingungen Vertrag geändert werden soll.

MK wird Prozess nicht vorantreiben.

2. Umzüge

Alle Umzüge bis Schuljahresbeginn realisiert

Cantor-Gymnasium bis auf kleine Mängel vollzogen; Fertigstellung Aula und Hof später
Offizielle Übergabe wenn alles fertig.

KGS Humboldt/GS Lilien Probleme mit fristgerechter Bereitstellung Telefonanschlüsse
Kritik an Sperrmüllentsorgung FB 40 unberechtigt; nur Möbel und Unterrichtsmittel die beschädigt waren wurden entsorgt.

3. Besetzung Schulsekretariate

Schülerzahlen zu gering um Stunden für längere Besetzung zu gewährleisten.
In der Regel besitzen die Sekretärinnen Vollzeitverträge.
Maßnahmen im Rahmen der Konsolidierung prüfen – Absenkung Arbeitszeit
Splittung einer Arbeitskraft auf mind. zwei Sekretariate.
Forderung, GB-Schulen durchgängig zu besetzen.

4. Brandschutzprojekte

GS Nietleben und GS Dörlau gehen in den Vergabeausschuss.
Für Kröllwitz neues Konzept erforderlich.

Finanzielle Reste für Umsetzung in GS Büschdorf vorgesehen.
Dazu wir Zustimmung des BA für Änderungen im HH erforderlich (Nov. 2007).

Projekt GS Büschdorf wird am 11.09.2007 Schule und Eltern vorgestellt.

zu 8.3 Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Halle u.a. barrierefreie Schulen - Stand, Aussichten Berichterstattung: Zentrales GebäudeManagement, Behindertenbeauftragter Herr Dr. Fischer (angefragt)

Herr Hildebrand verweist in diesem Zusammenhang auf die Vielzahl der in der Stadt Halle bestehenden Förderschulen. Trend zu integrativer Beschulung, Stützpunktschulen für bestimmte Behinderungen; bereits bestehende Objekte und Projekte

Herr Oemisch.

Bauseitig Abstimmung mit FB 40 und Behindertenbeauftragten der Stadt Halle
Bisher vorhandene Objekte konnten Bedarf aufnehmen; derzeit keine weiteren Anforderungen.

Weitere Vorhaltung von barrierefreien Schulobjekten geplant

Umfang (Eignung für die Beschulung von Schülern mit bestimmten Behinderungen) auch Kostenfrage

- ⇒ Wie weit soll Ausbau gehen? Bsp. GS Dürer ausgestattet mit Arbeitsplätzen für Sehbehinderte; soll noch zusätzlich Fahrstuhl eingebaut werden (derzeit nicht erforderlich)

ZGM sieht in erster Linie eine politische Entscheidung als erforderlich – Wo will ich was?
Technische Einschränkungen durch Gebäudesubstanz ggf. da, aber Lösungen auch dann möglich

Kosten sind stets objektgebunden.

In der anschließenden Diskussion unterstreicht Herr Hildebrand nochmals, dass es nicht sinnvoll erscheint bei der Dichte des Schulnetzes in der Stadt Halle an allen Standorten alles zu etablieren (Bsp. Gesamtschulbereich: KGS nicht schwerpunktmäßig berücksichtigt da IGS integrative Beschulung vertritt).

Er verdeutlicht aber auch, dass neben der sächlichen Beschulungsmöglichkeit auch die personelle Sicherung (Bereitstellung geeigneter Lehrkräfte) ein unabkömmlicher Faktor ist.

Herr Dr. Schmidt erkundigt sich nach Vorstellungen der Verwaltung zu einer Sanierung/Neubau der GB Lindgren.

Herr Hildebrand: Entwicklung Schülerzahlen beobachten. Bedarfsermittlung langfristig unter Berücksichtigung der Gesamtkapazitäten in der Stadt.

zu 8.4 Information zum Gespräch mit Herrn Bauersfeld zu detaillierten Aufschlüsselung von Einzeldaten zum Haushalt

Herr Hildebrand informiert über ein Gespräch mit Herrn Bauersfeld zur Darstellung ausgewählter Daten des HH-Planes bezogen auf einzelne Schulstandorte. Das Derzeitig machbare ist in der Tischvorlage dargestellt. Zur Zeit muss in Handarbeit diese Datenermittlung erfolgen.

Herr Bauersfeld sieht Möglichkeiten, dass das vorhandene HH-Programm durch ITC so geändert wird, das die gewünschte Darstellung erfolgen kann. Gespräch mit ITC gewünscht. Herr Bauersfeld möchte daran teilnehmen.

Herr Hildebrand wird einen Gesprächstermin mit ITC vereinbaren mit der Zielstellung

- Was ist machbar?
- Was kostet das?
- Ist eine Einführung bis zur Änderung der HH-Darstellung (ca. 2 Jahre) vertretbar?

Entscheidung des BA ob dann umgesetzt werden soll.

Frau Meißner sieht nicht die Notwendigkeit dieser Einzeldarstellung. Schulgebäude, Auslastung und viele andere Faktoren weichen stark von einander ab und sind nur vergleichbar, wenn diese Aspekte alle berücksichtigt werden.

Herr Bauersfeld verweist darauf, das dies ein Stadtratsbeschluss ist, den es umzusetzen gilt. Frau Wolff sieht einen Kostenvoranschlag als Grundlage um eine Entscheidung treffen zu können.

Frau Schwabe ergänzt, dass neben den Kosten auch die Befristung bis zur Einführung des neuen HH-Rechtes berücksichtigt werden muss, in dem diese Darstellung sowieso erfolgen soll.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Jürgen Zschocke
Protokollführer

gez.
Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende